

JOACHIM NOWAK
Dortmund

DAS LEBEN DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND

Insgesamt schätzt man, dass sich gegenwärtig etwa 1,3 Milliarden Menschen zum Islam bekennen, die sich vor allem auf etwa 50 Staaten mit einem Bevölkerungsanteil von mehr als 10% verteilen¹. In Europa stellen etwa 50 Millionen Muslime bei einer Gesamtbevölkerung von 700 Millionen Menschen eine immer sichtbarer werdende Minderheit von etwa 7 Prozent der Bevölkerung dar².

Der Islam ist in Deutschland nach dem Christentum die Glaubensrichtung, mit den meisten Anhängern; derzeit bekennen sich etwa 5% der Bevölkerung zu dieser Religion, rund 1,8 Millionen sind deutsche Staatsangehörige³. Mehr als 700.000 muslimische Jugendliche gehen in die deutschen Schulen⁴. Der Islam ist aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland vorwiegend türkisch geprägt. Im Jahr 2008 hatten rund 63% der in Deutschland lebenden Muslime einen türkischen Migrationshintergrund⁵, was auf die Anwerbung von Arbeitsmigranten, damals Gastarbeiter genannt, aus der Türkei in den 1960er und 1970er Jahren zurückzuführen ist. Andere Muslime stammen aus Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Iran, Marokko, Afghanistan, Libanon, Pakistan, Syrien und Tunesien. Seit dem Jahr 2006 streben Muslime und Nichtmuslime in der Deutschen Islamkonferenz an, eine religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung in Deutschland zu erreichen.

Da der Islam keine kirchenähnliche Organisationsstruktur aufweist und wegen seiner sehr unterschiedlichen Ausrichtung keine gemeinsame Leitung hat,

¹ G. HIERZENBERGER, *Der Islam*, Wiesbaden 2006, 7.

² Vgl. K. HAFEZ, *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas*, Bielefeld 2013, 8.

³ Zahl der Muslime in Deutschland, <http://www.deutsche-islam-konferenz.de> (Stand: 2008).

⁴ A. GÜNTHÖR, *Sind alle Religionen gleich? Die Antwort Papst Benedikts XVI.*, Regensburg 2007, 10.

⁵ *Ebd.*

kam bisher in Deutschland der Abschluss einer rechtlichen Regelung zwischen Staat und Religionsgemeinschaft nicht zustande⁶.

Es sind kaum die andersartige Spiritualität oder das exotische Lebensgefühl, wodurch das Interesse der Europäer am Islam geweckt wurde und zu „Überritten“ geführt hat. Es waren einerseits die Wellen von Gastarbeitern, die seit der Mitte des vorigen Jh. aus südlicher, südöstlicher und östlicher Richtung nach Westeuropa strömten, andererseits gewaltige Migrations- und Flüchtlingsströme in den vergangenen Jahren, durch die sich die Zahl der Muslime im deutschen Sprachraum, aber auch in Skandinavien und in fast allen EU-Ländern vervielfacht hat⁷.

1. Geschichte

Der Theologe Abraham Hinckelmann ließ im Jahr 1694 in Hamburg den Koran auf Arabisch drucken. Diese Koran Ausgabe war nach der aus Venedig von ca. 1537/38 erst die zweite Herausgabe des Buches, die weltweit jemals gedruckt wurde (in der islamischen Welt kam der Buchdruck erst im 19. Jahrhundert auf)⁸.

Dem deutschen Journalisten Muhammad Salim Abdullah zufolge sei von dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. mit dem Dekret zu Potsdam 1731 für muslimische Infanteristen, die er als Geschenk erhielt, am Langen Stall in Potsdam ein Saal als „erste Moschee“ errichtet worden; im Jahr 1739 sei zudem die erste islamische Gemeindegründung auf deutschem Boden erfolgt. Dem widerspricht der katholische Theologe Thomas Lemmen: Aus einer zeitgenössischen Quelle gehe hervor, jene Muslime hätten sich nur vorübergehend dort aufgehalten. Im Jahr 1798 verstarb der osmanische Gesandte Ali Aziz Efendi, daraufhin stellte der preußische König Friedrich Wilhelm III. zu seiner Bestattung ein Gelände zur Verfügung. Es folgte noch ein Tausch des Geländes. Dieses neue Gelände bildete den Grundstein des bis heute benutzten türkisch-islamischen Friedhofs am Columbiadamm in Berlin. Auf Betreiben der Nachrichtenstelle für den Orient wurde seit Beginn des Ersten Weltkrieges das Halbmondlager in Wünsdorf bei Zossen in der Nähe von Berlin errichtet, in dem bis zu 30.000 meist muslimische Kriegsgefangene interniert waren. 1914/1915 wurde im Halbmondlager die erste funktionierende Moschee auf deutschem Boden gebaut. Wegen Einsturzgefahr wurde die aus Holz gebaute Moschee 1924 ge-

⁶ Vgl. G. HIERZENBERGER, *Der Islam*, 131.

⁷ Vgl. *ebd.*

⁸ H. BOBZIN, *Der Koran. Eine Einführung*, München 1999, 105, 107.

schlossen und 1925/26 abgerissen. Im Jahr 1924 wurde in Berlin-Wilmersdorf von der muslimischen Ahmadyia-Gemeinde der Grundstein für die erste feste Moschee Deutschlands gelegt.

Der hauptsächliche Grund für die Zunahme des Islams in Deutschland, der bis in die 1960er Jahre nur eine sehr geringfügige Rolle spielte, ist die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, bedingt durch Anwerbeabkommen mit muslimischen Staaten und den anschließenden dauerhaften Aufenthalt mit Familienzusammenführung, die von der Bundesrepublik Deutschland von 1961 (Abkommen mit der Türkei über Anwerbung von Gastarbeitern) bis 1973 betrieben wurde. Der Aufenthalt in Deutschland war dabei ursprünglich als zeitlich begrenzt vorgesehen, bei Muslimen gab es bis in die 1960er vermehrt die Absicht einer Rückkehr in das Heimatland. In den 1980er und 1990er Jahren kamen schließlich auch vielfach Muslime aus anderen Staaten, wobei es sich dabei um Flucht bzw. Asylsuchende handelte. Unter derartigen Gruppen befanden sich beispielsweise die Iraner, die im Zuge der Islamischen Revolution 1979 in die Bundesrepublik flüchteten, oder die Afghanen, die in Folge des Bürgerkrieges bzw. des Sowjetisch-Afghanischen Krieges in Westdeutschland Zuflucht suchten. Auch bei Libanesen, Bosniern und Kosovo-Albanern war Krieg im Heimatland der Grund für die Emigration. Da eine Rückkehr bei vielen Muslimen immer mehr in den Hintergrund trat, entstand allmählich eine religiöse Infrastruktur. In den 1970ern wurden die ersten Moscheevereine gegründet, ab den 1990ern wurden vermehrt repräsentative Moscheen errichtet⁹.

Im Jahr 2006 fand in Berlin die erste Deutsche Islamkonferenz statt, die einberufen wurde, um einen Dialog zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in der Bundesrepublik herzustellen. Ab 2011 werden an deutschen Universitäten Imame ausgebildet. Als erstes Bundesland überhaupt unterzeichnete 2012 der Senat Hamburg mit den muslimischen Verbänden DITIB¹⁰, SCHURRA¹¹ und dem Islamischen Verband der Kulturzentren sowie den Aleviten einen Staatsvertrag. Darin geregelt sind unter anderem die Gleichstellung von islamischen mit christlichen Feiertagen sowie die Bestattung nach islamischem Ritus. Bremen will im Jahr 2013 mit einem ähnlichen Vertrag nachziehen. Und in Baden-Württemberg will die Landesregierung den Muslimen einen Sitz im SWR-Rundfunkrat geben.

⁹ Vgl. F. SEN, H. AYDIN, *Islam in Deutschland*, München 2002, 13f.

¹⁰ Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religionen e.V.

¹¹ Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.

2. Islamische Organisationen

In Deutschland existieren eine Vielzahl von islamischen Verbänden und Vereinen. Die mitgliederstärkste muslimische Organisation stellt die DITIB dar. Sie untersteht dem türkischen staatlichen Präsidium für Religiöse Angelegenheiten und besitzt mit fast 900 Moscheegemeinden den größten Einfluss. Zusammen mit weiteren Dachverbänden wie dem Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR), dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) gründete sie im Jahr 2007 auf der Deutschen Islamkonferenz den Koordinationsrat der Muslime in Deutschland. Insgesamt sind ungefähr 20% der deutschen Muslime Mitglieder in religiösen Vereinen oder Gemeinden. Eine Vermittlerrolle zwischen diesen zumeist konservativen Organisationen und der in Deutschland zunehmenden Islamkritik bildet der 2010 gegründete Liberal-Islamische Bund unter dem Vorsitz von Lamya Kaddor. Er ist wie alle Organisationen religiös ausgerichtet, vertritt jedoch liberale Positionen und befürwortet z.B. die gleichgeschlechtliche Ehe und lehnt eine religiöse Verpflichtung zum Tragen des Kopftuches ab.

Einzelne Organisationen, die Mitglied in einem der genannten Verbände sind, sind unter anderen: Islamische Gemeinschaft in Deutschland, Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, Deutsche Muslim-Liga, Muslimische Jugend in Deutschland (MJD), Muslimische Akademie in Deutschland. Daneben gibt es in vielen Städten einen Deutschsprachigen Muslimkreis (DMK), so z. B. in Berlin, Hannover, Braunschweig, Karlsruhe, Stuttgart und Darmstadt.

3. Der Islam im Bildungssystem

3.1. Islamunterricht

Am Beispiel des Islamunterrichts an den Schulen in Deutschland sieht man den Fortschritt an Toleranz. Im Jahr 1978 wurde in Deutschland erstmals ein Antrag auf islamischen Religionsunterricht gestellt. In den 1980er Jahren führten die Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen großflächig „religiöse Unterweisung“ für muslimische Schüler ein, allerdings nur als Bestandteil des muttersprachlichen Unterrichtes Türkisch (die Lehrpläne in Bayern wurden dabei vom türkischen Unterrichtsministerium zur Verfügung gestellt). Seit ca.

Anfang der 2000er Jahre bieten beide Länder „Islamische Unterweisung“ in deutscher Sprache an¹².

Nach den Lehrplänen ist der Islamunterricht vielerorts jedoch kein Religionsunterricht nach konfessionellem Verständnis, sondern nur informierender Sachunterricht. Probleme bei der Umsetzung islamischen Religionsunterrichts stellen u.a. der schwierige Dialog mit den islamischen Verbänden sowie fehlende Unterrichtsmaterialien und Mangel an (deutschsprachigem) qualifiziertem Personal dar.

In Nordrhein-Westfalen wird seit Beginn des Schuljahres 2012 als erstem Bundesland in Deutschland islamischer Religionsunterricht an 33 Grundschulen unterrichtet – mit Noten und auf Deutsch, dem katholischen und evangelischen Religionsunterricht vergleichbar. Modellversuche gibt es darüber hinaus in fast allen westdeutschen Bundesländern. In Bayern besuchten 2012 etwa rund zehn Prozent aller muslimischen Kinder einen islamischen Religionsunterricht. In Hessen sind Verhandlungen mit der türkischen DITIB und dem Ahmaddiyya-Verband als Kooperationspartner für ein reguläres Schulfach weit fortgeschritten. In Deutschland gibt es rund 900.000 muslimische Schüler. Das zeigt, dass der deutsche Staat den Islamunterricht an deutschen Schulen positiv sieht.

3.2. Islamische Theologie

Zu Beginn des Jahres 2010 beschloss der Wissenschaftsrat, „Islamische Zentren“ an deutschen Universitäten einzurichten. Damals waren anfänglich zwei oder drei Standorte geplant, an denen eine bekenntnisorientierte islamische Forschung bzw. Ausbildung für Imame stattfinden solle. Die Universität Osnabrück bot im selben Jahr Imamen Weiterbildungskurse an, in denen sich die muslimischen Geistlichen mit der deutschen Sprache, Landeskunde und pädagogischen Grundlagen auseinandersetzen; die Universität Osnabrück war die erste deutsche Hochschule mit einem solchen Angebot.

An den Universitäten von Tübingen sowie Münster/Osnabrück wurden ab dem Wintersemester 2010/2011 dann erstmals Studiengänge für islamische Theologie angeboten, welche vom Bund gefördert werden¹³. Im Wintersemester 2011/2012 nahm schließlich das „Zentrum für Islamische Theologie“ der Universität Tübingen seine Tätigkeit auf, welches am 16. Januar 2012 eingeweiht wurde und dass neben Islamwissenschaftlern eben auch Imame und islamische

¹² Vgl. D.CH. SIEDLER, *Islamunterricht an deutschen Schulen: Erste Erfahrungen im nordrhein-westfälischen Schulversuch*, Vortrag in Leipzig am 21. November 2002.

¹³ *Bund fördert Islam-Studiengänge in Tübingen, Münster und Osnabrück*, <http://www.zeit.de>

Religionslehrer ausbilden soll. Insgesamt stellt der Bund für den Aufbau der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Islam sowie der Ausbildung von Lehrern für islamischen Religionsunterricht rund 20 Millionen Euro zur Verfügung. Die in Deutschland ausgebildeten Imame sollen langfristig die aus der Türkei geholten Imame ersetzen, die oftmals nicht deutsch sprechen und nicht mit den Lebensumständen der Muslime in Deutschland vertraut sind.

4. Islamische Praxis

4.1. Feiertage

Die islamischen Feiertage beziehen sich auf besondere Ereignisse im Leben des Propheten Muhammad, durch die dem islamischen Verständnis zufolge eine besondere Begegnung mit der Allmacht Gottes erfolgte und sich eine besonders intensive Hoffnung auf die Entfaltung dieser Macht zugunsten der Menschen entwickelt hat. Diese Festtage beziehen sich auf den islamischen Kalender, der sich am Mond orientiert und daher mit kürzeren Monaten rechnet, weshalb die Festtermine jedes Jahr etwas anders liegen¹⁴.

In Deutschland gibt es keine gesetzlichen islamischen Feiertage; allerdings ist es geregelt, dass muslimische Schüler an ihren Feiertagen wie dem Zuckerfest oder dem Opferfest nicht zur Schule kommen müssen – in den Lehrerkalendern sind auch muslimische Feiertage eingetragen. Der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime Aiman Mazyek fordert zudem, islamische Feiertage offiziell als deutsche Feiertage aufzunehmen – was aber nicht bedeuten sollte, diese allgemein zu schul- und arbeitsfreien Tagen zu machen. Dies betrachtete 2009 allerdings der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) Kenan Kolat als wünschenswert: An wichtigen muslimischen Tagen sollten alle Kinder frei haben. Die konkrete Forderung nach zumindest einem einzig freien islamischen Tag, auch für nicht muslimische Kinder, stieß auf Kritik von Seiten des Zentralrats der Muslime. Bereits im Jahr 2004 regte der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele im Bundestag eine Debatte über einen muslimischen Feiertag an. Dort stieß der Vorschlag allerdings auf starke Ablehnung. Dieses Beispiel zeigt, dass auf dem Gebiet der Feiertage noch immer eine gewisse Zurückhaltung von Seiten der Regierung besteht.

¹⁴ Vgl. G. HIERZENBERGER, *Der Islam*, 139.

4.2. Scharia

Der arabische Ausdruck für Religionsgesetz ist Scharia. Man versteht darunter die Gesamtheit der dem Menschen geoffenbarten Willensäußerung Gottes bzw. die Regelung des vorgeschriebenen Verhaltens der Menschen zu Allah und untereinander bzw. die Beurteilung und Wertung aller Lebensverhältnisse auf der Basis des Koran und der Sunna sowie die Übereinstimmung der Traditionen der verschiedenen Madhhab (Rechtsschulen)¹⁵.

Anders als beispielsweise in Großbritannien gibt es in Deutschland keine islamischen Schiedsgerichte, die nach der Scharia, also den islamischen Gesetzen, rechtsprechen. Einige religiöse Vorschriften, die in der Scharia enthalten sind, lassen sich aber auch in Deutschland umsetzen, wie z.B. das Schächten, also das Ausbluten von Tieren bei der Schlachtung (allerdings schreibt das deutsche Gesetz eine Betäubung vor). Andere Schariagesetze stehen im Widerspruch zum deutschen Grundgesetz, wie z.B. die Ungleichbehandlung der Geschlechter und Religionen (Dhimmi und Harbi) sowie Körper- und Todesstrafen für Diebstahl und Ehebruch. Laut Rechtsexperten werden aber auch ohne eigene Schiedsgerichte in Deutschland durch deutsche Richter nach dem islamischen Gesetz Urteile gesprochen – so im Familien- und Erbschaftsrecht. Wenn beispielsweise ein Muslim im Ausland polygam geheiratet hat, dann ist diese Ehe auch in Deutschland gültig. Dies ist möglich, da seit dem Jahr 1900 bei privaten Rechtsbeziehungen (Verträge, Familienfragen, Erbrechtsfragen) ausländisches Recht angewandt werden darf; so kommt das islamische Recht genau wie das französische (Code civil) zum Zuge. Grundbedingung sei, dass das ausländische Recht nicht gegen die *Ordre public*, also das Grundlegende der inländischen Wertvorstellungen verstoßen darf. Hier zeigt es sich, dass auch in Deutschland die Scharia langsam Einfluss nimmt.

4.3. Muezzinrufe

Traditionell ruft ein Muezzin die Muslime der Umgebung fünfmal am Tag von einem Minarett herab zum Gebet auf¹⁶. In Deutschland wird diese Praxis von Ort zu Ort unterschiedlich gehandhabt. Im Jahr 1995 wurde bei der Duisburger Stadtverwaltung von zwei muslimischen Gemeinden eine Genehmigung beantragt, den Gebetsruf einmal in der Woche verstärkt durch eine Lautsprecheranlage zu

¹⁵ Vgl. *ebd.*, 116; vgl. A. RENZ, *Beten wir alle zum gleichen Gott? Wie Juden, Christen und Muslime glauben*, München 2011, 166f; vgl. M. ELIADE, I.P. COULIANO, *Das Handbuch der Religionen*, Düsseldorf 2004, 253.

¹⁶ Vgl. A. RENZ, *Beten wir alle zum gleichen Gott?*, 124–126.

verkünden. Der Antrag löste eine landesweite Diskussion aus, und insbesondere die Evangelische Kirchengemeinde Duisburg-Laar lehnte, theologisch argumentierend, den öffentlichen Gebetsruf ab. Allerdings durften in anderen Städten Nordrhein-Westfalens zu der Zeit bereits Gebetsrufe durchgeführt werden: Nach einer erfolgreichen Klage im Jahr 1985 war die Dürener Fatih-Moschee die erste in der Bundesrepublik, in der ein Muezzin zum Gebet auffordern konnte. Dies darf dort fünfmal täglich erfolgen; in Siegen dreimal pro Tag, in Bochum einmal täglich und in Bergkamen einmal pro Woche. Auch in Dortmund, Hamm und Oldenburg wurden Anträge für Gebetsrufe von Moscheevereinen ohne Protest der Anwohner genehmigt. Im Jahr 2009 wehrten sich Bürger der Stadt Rendsburg in Schleswig-Holstein gegen die Pläne der dortigen Moschee, Lautsprecher an ihren zwei Minaretten anzubringen. Schließlich wurde 2010 dennoch der Antrag im Rathaus genehmigt, die Gebetsrufe dürfen fünfmal am Tag in der Zeit zwischen 6 und 22 Uhr ertönen; Rendsburg war damit nach Schleswig und Neumünster die dritte Stadt Schleswig-Holsteins, in der dies erlaubt wurde.

Grundsätzlich sind islamische Gebetsrufe in Deutschland durch die Religionsfreiheit geschützt. Sie können aber untersagt werden, wenn eine rechtliche Verletzung im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vorliegt, sprich wenn die Lautstärke für Nachbarschaft oder Straßenverkehr zu hoch ist.

4.4. Halal-Lebensmittel

In Deutschland bieten verschiedene Lebensmittelhersteller Produkte an, die halal sind, also islamkonform gelten. Das bedeutet, dass die Tiere, deren Stoffe ein bestimmtes Produkt beinhaltet, geschächtet worden sein müssen; darüber hinaus dürfen sie kein Schweinefleisch enthalten. Das deutsch-holländische Unternehmen „Mekkafood“ beispielsweise hat sich auf die Herstellung halaler Lebensmittel spezialisiert. Andere Hersteller haben solche in ihr Sortiment aufgenommen, so z.B. Wiesenhof, Dr. Oetker, Müller, Nestlé Deutschland, Westfleisch, Nordmilch oder die Supermarktketten Aldi, Edeka und Rewe. Gekennzeichnet bzw. zertifiziert werden diese Produkte mit einem „Halal-Zeichen“, zuständig für die Zertifizierung ist unter anderem das Europäische Halal Zertifizierungsinstitut (EHZ), das seinen Sitz in der Centrum-Moschee in Hamburg hat. Nach zahlreichen Klagen der nicht muslimischen Bevölkerung urteilte ein deutsches Gericht 2002, dass das Schächten dann erlaubt sei, wenn es professionell durchgeführt werde. Das Gericht verhinderte damit einerseits die ausufernde Praxis der Selbstschlachtung, andererseits erteilte sie Schlachtern eine Genehmigung zum rituellen Schlachten, wenn diese nachweisen können, dass Tiere ohne Qual getötet werden. Dass das Urteil dennoch enorme Irritationen in der deutschen

Bevölkerung auslöste, ist insofern nicht verständlich, denn ein ethischer Verstoß ist unter den gerichtlich geregelten Bedingungen nicht zu erkennen und um ein Sonderrecht handelt es sich nicht, lediglich um eine gerichtliche Klärung auf der Basis bestehender Rechte¹⁷.

5. Islamische Strömungen

Rund 60% der deutschen Muslime sind Sunniten; die Aleviten machen 12% aus, die Schiiten 7%¹⁸ die Ahmadiyya 1,7%. Das Jesidentum gehört als eigenständige kurdische und nicht missionierende Religion nicht zum Islam.

5.1. Ahmadiyya

Die Ahmadiyya, ein ursprünglich aus Indien stammende islamische Glaubensrichtung, die allerdings von vielen anderen Muslimen als unislamisch angesehen wird, hat rund 30.000 Anhänger in Deutschland, die sich auf 220 Gemeinden verteilen¹⁹. Die beiden Untergruppen Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) und die Ahmadiyya Anjuman Ischat-i-Islam Lahore (AAIIL)²⁰ traten in den 1920er Jahren ungefähr zeitgleich missionarisch in Deutschland auf. Am 9. August 1955 gründete die AMJ in Hamburg den Verein Ahmadiyya Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland, 1969 wurde der Vereinssitz nach Frankfurt a.M. verlegt. Im Jahr 1989 wurde von der Ahmadiyya Muslim Jamaat der 100-Moscheen-Plan ausgerufen, demzufolge in Deutschland 100 Moscheen für die Ahmadiyya entstehen sollen.

5.2. Aleviten

Die türkischstämmigen Muslime in Deutschland, die zumeist aus dem Osten der Türkei stammen, gehören teilweise der Religionsgemeinschaft der Aleviten an²¹. Diese von Zentralasien nach Kleinasien (Anatolien) verbreitete Richtung wird ähnlich wie die Ahmadiyya von vielen als nicht islamisch verstanden, die Aleviten selber sehen sich teilweise als Strömung innerhalb der Schia, teilweise

¹⁷ Vgl. K. HAFEZ, *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz*, 51f.

¹⁸ *Islam-Kultur-Politik: Dossier zur Politik und Kultur*, <http://www.kulturrat.de>

¹⁹ Vgl. G. HIERZENBERGER, *Der Islam*, 141f.

²⁰ In Deutsch: Lahore Ahmadiyya-Bewegung für die Verbreitung des Islam.

²¹ Vgl. D. PIEPER, R. TRAUB (Hg.), *Der Islam. 1400 Jahre Glaube, Krieg und Kultur*, München 2013, 242.

als „eigenständige Religionsgemeinschaft aus dem islamischen Kulturraum“, wie es der alevitische Grünen-Politiker Ali Ertan Toprak formulierte²². Der Grund für den in Deutschland verhältnismäßig großen prozentualen Anteil der Aleviten bei Muslimen türkischer Herkunft ist, dass viele Einwanderer aus alevitischen Regionen in der Türkei stammen. Zudem gab es in den 1980er Jahren eine verstärkte Einwanderungsquelle als Asylbewerber, da viele Aleviten vor dem Militärputsch 1980 Oppositionelle waren. Im Jahre 1986 wurde die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF) als Dachverband für die alevitischen Gemeinden gegründet, von denen mittlerweile 111 existieren. Der eingangs zitierte Toprak, der Generalsekretär der AABF war, betonte die weltliche Ausrichtung des alevitischen Glaubens; so gelte für die Aleviten nicht die Scharia, auch das tägliche fünfmalige Gebet sei nicht relevant. Darüber hinaus besuchen Aleviten keine Moscheen; sie verrichten ihre Gebete in einem Cem-Haus, wo auch allgemeine Gemeindeversammlungen abgehalten werden. Der Vorstand einer Gemeinde stellt diesbezüglich auch kein Imam dar, sondern ein Dede.

5.3. Salafismus

Die Anhänger der Salafiyya stellen innerhalb der muslimischen Gemeinde eine kleine Minderheit dar, dennoch finden sie besonders unter jüngeren deutschen Muslimen Zuspruch, was unter anderem auf deren starke Internetpräsenz zurückzuführen ist²³.

Eine besondere Rolle nimmt dabei der deutsche Konvertit Pierre Vogel ein; auch der radikalislamische Verein „Einladung zum Paradies“, mit dem Vogel in Verbindung gebracht wurde, war bis zu seiner Auflösung 2011 fester Bestandteil der Szene. Vogel erlangte Bekanntheit durch landesweite Vortragsreisen sowie zahlreiche im Internet veröffentlichte Videos, in denen er eine dem Salafismus entsprechende strenge Ausrichtung des Islams predigt, und gilt nach Einschätzung von Sicherheitsbehörden als die einflussreichste Person der deutschen Konvertitenszene. Die rigiden Richtlinien machen diese spezielle islamische Strömung für viele Jugendliche attraktiv, da sie Sicherheit, Zugehörigkeitsgefühl und ein klar strukturiertes Weltbild gibt. Aufgrund seiner Ansichten, wie der religiösen Legitimation der Todesstrafe durch Steinigung und des Vorzugs der Scharia vor dem Grundgesetz, sowie seiner äußerst intensiven, teilweise öffentlichen Missionierungsarbeit werden Vogel und seine Anhänger von vielen Seiten stark kritisiert; zudem wurden Mitglieder der EZP vom Verfassungsschutz

²² *Zwischen allen Stühlen*, <http://www.welt.de>

²³ *Glossar: Salafismus*, <http://www.bpb.de>

beobachtet. Die öffentliche Ausübung des Gebets durch rund 300 Salafisten des EZP auf einem Marktplatz im Mönchengladbacher Stadtteil Eicken rief 2010 unter der Bevölkerung starken Protest hervor. Im Jahre 2012 machte der salafistische Kölner Ibrahim Abou-Nagie mit einer Missionierungskampagne auf sich aufmerksam, bei der in mehreren deutschen Großstädten kostenlose Koran-Ausgaben verteilt wurden.

Im Juni 2012 erließ der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich ein Verbot gegen das islamische Netzwerk Millatu Ibrahim. Zuvor fanden Razzien in sieben Bundesländern statt, bei denen die Polizei Objekte neosalafistischer Gruppen durchsuchte. Gegen zwei weitere Gruppierungen, Dawa FFM und Die Wahre Religion, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

In jüngster Zeit hat sich in Dortmund eine Salafistenszene gebildet. Unter dem Deckmantel „Brunnenbau für Afrika“ wird offen dazu aufgerufen, in den bewaffneten Kampf nach Syrien und Ägypten zu ziehen. Für Islamexperten sind derartige Treffen „Durchlauferhitzer“, die dafür sorgen können, dass junge Muslime sich radikalisieren. Auch der Verfassungsschutz sieht hier eine große Gefahr. Die Zahl der Salafisten ist in den vergangenen Jahren in Deutschland und NRW sprunghaft angestiegen.

5.4. Schiiten

Das Schiitentum bzw. die Schia ist die zweitgrößte Glaubensrichtung innerhalb des Islam (weltweit 10% Schiiten gegenüber 90% Sunniten). Die Entstehung dieser Konfession geht auf Ali ibn Abi Talib zurück, einen Schwiegersohn und Vetter des Propheten Mohammed; Ali soll von Mohammed als dessen Nachfolger designiert worden und nach schiitischer Auslegung somit der einzig rechtmäßige Nachfolger Mohammeds sein – die Schiiten sehen ihn als ihren ersten Imam an²⁴. Die in Deutschland lebenden Schiiten stammen zu meist aus dem Iran, die im Zuge der Islamischen Revolution und des Iran-Irak-Krieges in den 80er Jahren vermehrt einwanderten; andere Herkunftsländer sind der Irak, Afghanistan und Libanon. Mittelpunkt des schiitischen Islam in Deutschland ist das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) mit der dazugehörigen Imam-Ali-Moschee. Leiter der IZH ist derzeit Ajatollah Dr. Reza Ramezani; das IZH ist direkt dem Obersten Rechtsgelehrten der Islamischen Republik Iran unterstellt.

²⁴ Vgl. D. PIEPER, R. TRAUB, *Der Islam*, 266f; vgl. G. HIERZENBERGER, *Der Islam*, 123, 154; vgl. M. ELIADE, I.P. COULIANO, *Das Handbuch der Religionen*, 250f.

5.5. Sufismus

Als Sufismus werden mystische Strömungen im Islam bezeichnet, deren Traditionen teilweise bereits vor dem Auftreten des Islam entstanden²⁵. Seit dem 12. Jh. organisierten sich diese Strömungen in Sufi-Orden. Erste Sufi-Gemeinschaften in Deutschland wurden in den 20er Jahren gegründet, größtenteils jedoch erst in den 1970ern²⁶. Der sufi-Orden, dem die meisten deutschen Muslime angehören, ist die Naqshbandiyya, welcher nach den Lehren Scheichs Nazim al-Haqqani arbeitet.

Derzeit aktive sufistische Organisationen sind beispielsweise das Suf-Zentrum in Berlin–Neukölln, der Haqqani Trust – Verein für neue deutsche Muslime in Mönchengladbach und die Tariqa-as-safinah um Schech Ahmad Dultz.

6. Konversion zum Islam

Über die Zahl der Menschen, die in Deutschland zum Islam konvertieren, gibt es keine regelmäßig erhobenen Angaben. Aus einer vom Bundesinnenministerium geförderten und vom Islam-Archiv in Soest durchgeführten Studie Mitte der 2000er Jahre wurde scheinbar ersichtlich, dass es 2004/05 1152 Konvertiten gab, zwischen August 2005 und Juli 2006 vervierfachte sich die Zahl demnach schließlich auf rund 4000 – so hoch wie seit 1920 nicht mehr: In den Jahren vor den Anschlägen vom 11. September 2001 waren es nach Angaben des Islam-Archivs nur 250 bis 300²⁷. Diese vom Islam-Archiv erhobenen Zahlen seien allerdings nach Ansicht einiger Muslime und Islamwissenschaftler nicht repräsentativ und nicht stichhaltig; Vertreter von DITIB und Milli Görüs haben nach eigenen Aussagen nicht mit dem Islam-Archiv zusammengearbeitet. Der Leiter des Archivs, Muhammad Salin Abdullah, sprach hingegen von einer „Vollerhebung bei allen islamischen Verbänden sowie ausgewählten Moscheen“. Allerdings zweifeln auch ehemalige Mitarbeiter des Islam-Archivs an der Aussagekraft der Studie.

Die Gründe für einen Übertritt seien nach der Religionspädagogin Monika Wohlrab-Sahr vielschichtig: Während früher größtenteils Frauen den Glauben annahmen, die einen Muslimen geheiratet haben, konvertierten nun Menschen

²⁵ Vgl. D. PIEPER, R. TRAUB, *Der Islam*, 269; vgl. M. ELIADE, I.P. COULIANO, *Das Handbuch der Religionen*, 256–261.

²⁶ L. SCHLESSMANN, *Sufismus in Deutschland. Deutsche auf dem Weg des mystischen Islam*, Köln 2003, 5.

²⁷ *Interview zur Verhaftung deutscher Konvertiten und ihrer Rolle innerhalb des islamischen Extremismus*, <http://www.islaminstitut.de>

vermehrt aus „freien Stücken“. Dabei handelt es sich sowohl um Christen, die an ihrer Konfession zu zweifeln begannen, als auch um Menschen, die sich durch das „Andersartige“ von der Masse abheben wollen. Konvertierte Deutsche wurden dabei unter anderem recht kritisch betrachtet, da einige von ihnen dazu neigen, sich radikale Ansichten anzueignen, also zum Islamismus tendieren. Nach einer Analyse des Bundeskriminalamtes von 2010 stuften deutsche Polizeibehörden elf Konvertiten als „Gefährder“ sowie 26 als „relevante Personen“ ein. Sie stehen unter Verdacht, islamistisch motivierte Terroranschläge zu planen.

Laut der Anthropologin Esra Özyürek nehmen deutsche Konvertiten eine wichtige Brückenfunktion ein: Sie seien Vermittler zwischen den muslimischen Migranten und nicht-muslimischen Deutschen. Durch ihre Arbeit in ihren muslimischen Gemeinden seien sie ein Gewinn für die Integration, so geben sie dort Deutschunterricht und hinterfragen patriarchalische Strukturen. Die wenigsten Konvertiten würden radikal werden.

7. Wahrnehmung des Islam und der Muslime in Deutschland

Die Deutschen haben einer repräsentativen Studie zufolge eine negativere Haltung zum Islam als andere Europäer. Das ist das Ergebnis einer Studie des Exzellenzclusters Religion und Politik der Universität Münster. 58% der Westdeutschen und 62% der Ostdeutschen haben demnach eine negative Haltung gegenüber Muslimen, nur 34 % denken positiv über den Islam.²⁸ Die Deutschen sehen den Islam deutlich kritischer als ihre europäischen Nachbarn. 40% der Westdeutschen und 50% der Ostdeutschen fühlen sich durch fremde Kulturen bedroht, ergab eine Umfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ an der Universität Münster in mehreren europäischen Ländern. Der Satz: „Der Islam gehöre zu Deutschland“, geht völlig am Empfinden der Deutschen vorbei.

Weniger als 5% der Deutschen, aber mehr als 20% der Dänen, Franzosen und Niederländer halten der Studie zufolge den Islam für tolerant. In den alten Bundesländern denken nur 34% positiv über Muslime, in Ostdeutschland 26%. Die meisten Deutschen sähen kaum positive Seiten des Islam.

Demgegenüber befürwortete Bundeskanzlerin Angela Merkel die Initiative ihres Innenministers Wolfgang Schäuble als dieser 2006 die Deutsche Islam Konferenz gründete und den Islam als Teil Deutschlands bezeichnete. Merkel selbst empfing die Deutsche Islam Konferenz 2009 im Bundeskanzleramt. Als ein Jahr später das Mitglied der Bundesbank, Thilo Sarrazin, junge Muslimin-

²⁸ www.welt.de/politik/deutschland

nen als „Kopftuchmädchen“ beschimpfte und von einer angeborenen Unfähigkeit türkischer Einwanderer sprach, war Merkel eine der ersten, die seinen Rücktritt forderte. Zwar wiederholte sie zur gleichen Zeit ihre Behauptung, die multikulturelle Gesellschaft sei gescheitert, pflichtete aber in derselben Rede Bundespräsident Wulffs Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ bei²⁹.

* * *

Nur deswegen, weil viele Muslime in Deutschland bzw. in Europa leben, kann man noch nicht von einem deutschen bzw. europäischen Islam reden. Zu einem deutschen bzw. europäischen Islam gehört die Klärung ihrer grundsätzlichen Haltung zu wichtigen Aspekten des Lebens in Deutschland bzw. Europa: Demokratie, Religionsfreiheit, Menschenrechte, Familienordnung und damit die rechtliche Stellung der Frau und das Strafrecht³⁰.

Man kann sagen, dass der Islam in Deutschland immer mehr Verständnis findet. Trotzdem gibt es immer noch Hindernisse, die das Zusammenleben erschweren. Trotz aller Hindernisse muss der Dialog gesucht und die Zusammenarbeit gewagt werden.

In unserer durch mannigfaltige Krisen geschüttelten Welt ist es eine dringende Notwendigkeit, dass Christen und Muslime den Weg zu einem aufgeschlossenen Dialog und zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit finden. Es gibt dazu keine wirkliche Alternative³¹. Der interreligiöse Dialog dient dem gegenseitigen Verstehen der Religionen und der Völker und so dem Weltfrieden.³² Der Dialog soll als Weg zu einer wirksamen Versöhnung verstanden werden, aber auch zu einer Kultur des Friedens und einer Zivilisation der Barmherzigkeit³³.

Życie muzułmanów w Niemczech

Streszczenie

Szacuje się, że obecnie 1,3 miliarda ludzi w świecie wyznaje islam. W Niemczech islam jest po chrześcijaństwie największą religią. Obecnie 5% niemieckie-

²⁹ Vgl. K. HAFEZ, *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz*, 62f.

³⁰ Vgl. A.T. KHOURY, *Kommen Muslime in den Himmel? Gelangen Christen ins Paradies? Beiträge zum christlich-islamischen Dialog*, Würzburg 2007, 115f.

³¹ Vgl. A.T. KHOURY, *Kommen Muslime in den Himmel?*, 117.

³² Vgl. A. GÜNTHÖR, *Sind alle Religionen gleich?*, 72.

³³ A.T. KHOURY, *Kommen Muslime in den Himmel?*, 7.

go społeczeństwa przyznaje się do wyznawania tej religii, około 1,8 miliona muzułmanów posiada niemieckie obywatelstwo. Wyznawcami islamu w Niemczech są głównie Turcy. W 2008 r. około 63% muzułmanów żyjących w Niemczech miało tureckie pochodzenie. Było to spowodowane rekrutacją w celach zarobkowych emigrantów z Turcji w latach 60-tych i 70-tych minionego wieku. Od 2006 r. muzułmanie należący do Niemieckiej Konferencji ds. Islamu starają się więcej dbać o własną religijną i społeczno-polityczną integrację w Niemczech.

Głównym źródłem rozprzestrzeniania się w Niemczech islamu, który jeszcze do lat sześćdziesiątych odgrywał tu bardzo małą rolę, jest imigracja zagranicznej siły roboczej. W 2006 r. odbyła się w Berlinie pierwsza Niemiecka Konferencja Muzułmańska, która została powołana, aby stworzyć podstawy dialogu między państwem niemieckim a muzułmanami. Umowę państwową z muzułmańskimi organizacjami DITIB, SCHURA i Muzułmańskim Zrzeszeniem Ośrodków Kulturowych, jak również z alewitami, jako pierwszy kraj związkowy podpisał w 2012 r. senat Hamburga.

W 1978 r. został w Niemczech po raz pierwszy złożony wniosek o wprowadzenie islamskich lekcji religii. W latach 80-tych Bawaria i Nadrenia-Westfalia wprowadziły „naukę religii” dla muzułmańskich uczniów, jednak tylko jako element lekcji tureckiego języka ojczystego. Od początku 2000 r. oba te kraje federalne oferują „islamskie nauczanie” w języku niemieckim. Jednak według programów nauczania lekcje islamu nie są lekcjami religii w wyznaniowym rozumieniu, a tylko lekcjami o funkcji informacyjnej. Na początku 2010 r. Rada Naukowa zdecydowała o założeniu „islamskich ośrodków” na niemieckich uniwersytetach. W semestrze zimowym roku 2011/2012 na uniwersytecie w Tybindze rozpoczęło swoją działalność Centrum Teologii Islamskiej. Ma ono kształcić obok islamologów również imamów i islamskich nauczycieli religii.

W Niemczech nie ma żadnych państwowych świąt islamskich. Muzułmańscy uczniowie jednak w swoje dni świąteczne nie muszą brać udziału w zajęciach szkolnych. Świąta te są naniesione w kalendarzach nauczycieli. Centralna Rada Muzułmanów w Niemczech domaga się, żeby świąta islamskie były oficjalnie przyjęte jako niemieckie świąta – choć nie musi to być równoznaczne z dniami wolnymi od zajęć szkolnych i pracy.

W Niemczech, inaczej niż np. w Wielkiej Brytanii, nie ma islamskich sądów polubownych, które wydają wyroki według szariatu, czyli prawa islamskiego. Niektóre przepisy religijne zawarte w szariacie da się stosować również w Niemczech, np. rytualny ubój zwierząt, a więc wykrwawianie się zwierząt podczas uboju. Inne prawa szariatu zaprzeczają niemieckiej konstytucji. Islamskie zwoływania na modlitwę są chronione prawem do wolności religijnej – choć praktyka ta jest w różnych miejscach różnie stosowana.

O liczbie ludzi, którzy w Niemczech przeszli na islam, nie ma regularnie gromadzonych danych. Z ostatnich badań wiadomo, że w latach 2004–2005 na islam przeszły 1152 osoby, zaś między sierpniem 2005 r. a lipcem 2006 r. liczba ta zwiększyła się czterokrotnie. Chociaż Niemcy mają bardziej negatywny stosunek do islamu niż inni Europejczycy, to mimo wszystko islam znajduje w Niemczech coraz więcej zwolenników. Z pewnością jedynie dialog międzyreligijny może przysłużyć się wzajemnemu zrozumieniu religii i narodów, jak i przyczynić się do światowego pokoju.

Schlüsselwörter: Muslime in Deutschland, islamische Theologie, islamische Strömungen, islamische Praxis.

Słowa kluczowe: muzułmanie w Niemczech, teologia islamska, islamskie nurty, islamskie zwyczaje.